



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Ansprechpartner/in: Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 28.01.2008

Niederschrift

über die **29. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, dem 15.01.2008, 16:07 Uhr bis 17:58 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Karsten Möring	CDU	
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD	
Herr Johannes-Werner Hamm	CDU	
Herr Markus Hock	CDU	
Frau Gisela Manderla	CDU	
Herr Peter Kron	SPD	
Herr Wendel Mispelkamp	SPD	
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	(bis 17.47 Uhr)
Frau Dr. Sabine Müller	Bündnis 90/Die Grünen	(bis 17.50 Uhr)
Frau Bettina Tull	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Karel Schiele	pro Köln
Herr Michael Weisenstein	Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock	
Herr Horst Ladenberger	
Herr Horst Noack	auf Vorschlag der SPD
Frau Helga Schlapka	auf Vorschlag der SPD
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag Bündnis 90/Die Grünen (bis 17.50 Uhr)

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 a der Hauptsatzung

Herr Dieter Pannecke
Herr Selahattin Toprakci

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck

Herr Klaus Harzendorf

Herr Ralf Mayer

Herr Gerd Neweling

Herr Dr. Mehmet-Hasan Sarikaya

Herr Beigeordneter Bernd Streitberger

Frau Angela Thiemann

Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Amt für öffentliche Ordnung
Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Bauverwaltungsamt

Schriftführer/in

Frau Angela Krause

Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen

Gäste

Herr Thomas Leyendecker

KVB AG

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten:

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Hans Edgar Preckel

auf Vorschlag der FDP

Ausschussvorsitzender Möring eröffnet die 29. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 und begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt er mit, dass diese um folgende Punkte **erweitert** werden soll:

I. Öffentlicher Teil

- 1.1. Kurzzeitparkplatz auf dem Bahnhofsvorplatz
Anfrage der FDP-Fraktion vom 07.01.2008
AN/1744/2008
- 1.2. Umweltzone Köln
Anfrage der Fraktion pro Köln vom 08.01.2008
AN/0024/2008
- 1.3. Aufzüge - Anfrage der FDP-Fraktion vom 07.01.2008 zu Antrag Nr.
AN/1683/2007

AN/1743/2008

Eine Beantwortung liegt hierzu bereits als Tischvorlage vor

- 1.4. Bauvorhaben Langendahlweg – Verkehrserschließung
Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
AN/0014/2008

- 7.2. Möglichkeiten der Schaffung eines Logistik-Tagesfrachtzentrums auf dem
Flughafen Köln/Bonn zur Entlastung der Flugbewegungen in der Nacht
5160/2007

- 7.3. Bericht Stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen auf der B55a (Zoobrücke)
5359/2007

- 7.4. Mitgliedschaft der Stadt Köln im Netzwerk "Cities for Mobility"
5480/2007

Zurückgezogen werden die Vorlagen

- 4.2. Verkehrsabwicklung Rettungsfahrzeuge Neuköllner Straße in Köln-Altstadt/Süd
3447/2007

sowie

- 4.3. Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn
hier: Bau eines Kreisverkehrs am Knoten Bonner Straße/Koblenzer Straße,
Baustein 10
4531/2007

II. Durchgang

Aufgrund des Sachzusammenhangs schlage er vor, die TOP

- 1.3. Aufzüge - Anfrage der FDP-Fraktion vom 07.01.2008 zu Antrag Nr.
AN/1683/2007
AN/1743/2008

sowie

- 2.1. U-Bahn-Haltestelle Vingst – Barrierefreiheit
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 11.12.2007
AN/1683/2007

zusammen zu behandeln.

Darüber hinaus sollten die Mitteilungen unter den TOP

- 7.1. Erhöhung der Verwaltungsgebühren für Abschleppmaßnahmen

5393/2007

und

- 7.3. Bericht Stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen auf der B55a (Zoobrücke)
5359/2007

vorgezogen werden, da hierzu Sitzungsvertretung durch Herrn Ralf Mayer vom Amt für öffentliche Ordnung anwesend sei.

Der Ausschuss ist mit diesen Ergänzungen und Vorgehen einverstanden und beschließt demnach folgende **Tagesordnung**

I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnern

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates

- 1.1. Kurzzeitparkplatz auf dem Bahnhofsvorplatz
Anfrage der FDP-Fraktion vom 07.01.2008
AN/1744/2008
- 1.2. Umweltzone Köln
Anfrage der Fraktion pro Köln vom 08.01.2008
AN/0024/2008
- 1.3. Aufzüge
Anfrage der FDP-Fraktion vom 07.01.2008 zu Antrag Nr. AN/1683/2007
AN/1743/2008
- 1.4. Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Bauvorhaben Langendahlweg - Verkehrserschließung
AN/0014/2008

2 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates

- 2.1. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
11.12.2007
U-Bahn-Haltestelle Vingst - Barrierefreiheit

AN/1683/2007

- 2.2. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.12.2007
Fahrradfreundliche Gestaltung der Einmündung Dürener Straße/ Universitätsstraße
AN/1711/2007

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

- 3.1 Personal-Toilettenhaus und Schalthaus der KVB AG an der Haltestelle Köln-Porz/ Markt
hier: Beschluss der Bezirksvertretung 7 (Porz) vom 07.11.2006 zur Umsetzung der beiden Anlagen
1611/2007

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.1 Ausbau Porzer Ringstraße in Köln-Westhoven
4309/2006
- 4.2 Verkehrsabwicklung Rettungsfahrzeuge Neuköllner Straße in Köln Altstadt/Süd
3447/2007
- zurückgezogen -
- 4.3 Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn
hier: Bau eines Kreisverkehrs am Knoten Bonner Straße/Koblenzer Straße, Baustein 10
4531/2007
- zurückgezogen -
- 4.4 Abstufung des Streckenabschnittes der Bundesstraße 55, Aachener Straße in Köln-Weiden in die Landesstraße 361
4894/2007
- 4.5 Parkraumkonzept Venloer Straße - Kreuzerstraße - Vogelsanger Straße - Piusstraße - Franz-Geuer-Straße (Bezirk Innenstadt und Ehrenfeld)
4877/2007
- 4.6 Umstufungen von Kreisstraßen
hier: Dresenhofweg, Deliastraße, Merianstraße und Volkhovener Weg in Köln-Blumenberg, Volkhoven-Weiler, Heimersdorf
5051/2007

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 5.1 Nord-Süd-Stadtbahn (3. Baustufe) von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis in Köln-Marienburg
3105/2006
- 5.2 193. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
5474/2007

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Ausbau Radwege Umfeld Stadion
hier: Zusatzfragen zu der Vorlage aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 11.09.2007, TOP 4.3
4920/2007
- 6.2 Beantwortung der Anfrage des sachkundigen Einwohners Weisenstein aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 23.10.2007 betr. TOP 4.6 Halbjahresbericht für die Zeit vom 01.01. bis 30.06.2007, hier: Seite 227: Erweiterte kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung mit umfassendem Gesamtverkehrskonzept für den Kölner Norden
5280/2007

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Erhöhung der Verwaltungsgebühren für Abschleppmaßnahmen
5393/2007
- 7.2 Möglichkeiten der Schaffung eines Logistik-Tagesfrachtzentrums auf dem Flughafen Köln/Bonn zur Entlastung der Flugbewegungen in der Nacht
5160/2007
- 7.3 Bericht Stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen auf der B55a (Zoobrücke)
5359/2007
- 7.4 Mitgliedschaft der Stadt Köln im Netzwerk "Cities for Mobility"
5480/2007
- 7.5 Stellvertretende Amtsleitung beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Verkehrssituation im Umfeld des Kulturzentrums am Neumarkt (KAN)
Anfrage des SE Vietzke

- 8.2 Geplante Baumaßnahmen in der Klosterfraugasse - Verbreiterung der Merheimer Straße
Anfrage des RM Hock

- 8.3 P+R-Anlage Weiden-West
Anfrage der SE Schlapka

- 8.4 Eröffnungstermin der Nord-Süd Stadtbahn
Anmerkung des RM Kirchmeyer

- 8.5 Bebauung Am Kümpchenshof
Anfrage des RM Kirchmeyer

- 8.6 Verkehrschaos an der Mathias-Brüggen-Straße/Von-Hünefeld-Straße am 14.01.2008
Anfrage des RM Kirchmeyer

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates

--

10 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates

--

11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

--

12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

--

13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

--

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

--

15 Mitteilungen der Verwaltung

- 15.1 Stellungnahme RPA-Ausschussbeschluss Basaltsteinschüttung 5496/2007

16 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnern

Ausschussvorsitzender Möring begrüßt die Herren Horst Ladenberger und Bernd Fahlenbock, die in der Ratssitzung am 13.12.2007 als Sachkundige Einwohner in den Verkehrsausschuss gewählt worden sind, und verpflichtet sie gemäß § 58 Abs. 4 Gemeindeordnung i.V.m. § 5 der Hauptsatzung.

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

--

1 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates

1.1 Kurzzeitparkplatz auf dem Bahnhofsvorplatz Anfrage der FDP-Fraktion vom 07.01.2008 AN/1744/2008

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

1.2 Umweltzone Köln Anfrage der Fraktion pro Köln vom 08.01.2008 AN/0024/2008

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

1.3 Aufzüge Anfrage der FDP-Fraktion vom 07.01.2008 zu Antrag Nr. AN/1683/2007 AN/1743/2008

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt und ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

vgl. im Übrigen hierzu TOP 2.1

1.4 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Bauvorhaben Langendahlweg - Verkehrserschließung AN/0014/2008

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

2 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates

2.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.12.2007 U-Bahn-Haltestelle Vingst - Barrierefreiheit AN/1683/2007

Der TOP wird zusammen mit TOP 1.3 behandelt.

RM Kron begründet für die SPD-Fraktion den eingereichten Antrag. Bezug nehmend auf die vorliegende Beantwortung zu TOP 1.3 macht er jedoch deutlich, dass neben den Kriterien Kosten-Nutzen-Verhältnis und Fahrgastzahlen auch andere Faktoren in der Prioritätenliste Berücksichtigung finden müssen.

RM Kirchmeyer hingegen ist der Auffassung, dass vor derartigen Beschlüssen über Einzelprojekte zunächst die von der Verwaltung erarbeitete Prioritätenliste abgewartet werden sollte. Da die Haltestelle Vingst nach Darstellung der Verwaltung in dieser auch aufgenommen werde, sei der Antrag aus Sicht der FDP-Fraktion überflüssig.

SE Weisenstein schließt sich im Wesentlichen diesen Ausführungen an.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, teilt auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Möring mit, dass die Verwaltung – mit der KVB - derzeit an einer Prioritätenliste arbeite und diese bis zum Sommer 2008 im hiesigen Ausschuss vorgestellt werde. Die Fahrgastzahlen seien jedoch nur ein Kriterium von vielen Weiteren.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betont RM Tull, dass der Antrag „lediglich“ mittelfristig auf eine Aufzugsnachrüstung abziele und in erster Linie einen Prüfauftrag zur Änderung der Buslinienführung beinhalte; insofern sei der Antrag unschädlich und werde aufrechterhalten.

SE Ladenberger weist darauf hin, dass aus seiner Sicht auch Orte, die von mobilitätseingeschränkten Personen stark frequentiert werden (müssen), beispielsweise das städtische Kalk-Karree über die Haltestelle Kalk-Post, in der Prioritätenliste Berücksichtigung finden müssen.

Für die CDU-Fraktion macht RM Hock deutlich, dass unbestrittene Zielsetzung aller Fraktionen die Barrierefreiheit von Stadtbahn-/U-Bahnhaltestellen sei. Er schließe sich jedoch der Auffassung von RM Kirchmeyer an und rege an, vor weiteren Einzelbeschlüssen zunächst die zugesagte Gesamt-Prioritätenliste abzuwarten. Als Kompromiss könne seine Fraktion den Antrag mittragen, wenn in Ziffer 1 die zeitliche Vorgabe „mittelfristig“ gestrichen werde.

RM Kron bittet jedoch um Abstimmung über den Antrag in der vorliegenden schriftlichen Fassung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Die U-Bahn-Haltestelle „Vingst“ mittelfristig durch Ausstattung mit Aufzügen barrierefrei zu gestalten.

2. Im Rahmen der Nahverkehrsplanung ist zu prüfen, ob die Bus-Linienführung kurzfristig und bis zur Realisierung von Punkt 1. so geändert werden kann, dass mindestens eine Buslinie von der U-Bahn-Haltestelle „Vingst“ eine nahe gelegene barrierefreie U-Bahn-Haltestelle anfährt, um Behinderten so Zugang zu einer behindertenfreundlichen Station zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion

**2.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.12.2007
Fahrradfreundliche Gestaltung der Einmündung Dürener Straße/Universitätsstraße
AN/1711/2007**

RM Tull macht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kurz deutlich, dass bei der gegebenen Verkehrssituation dringender Handlungsbedarf bestehe.

Seitens der CDU-Fraktion beantragt RM Hock, den Antrag zuständigkeitshalber in die Bezirksvertretung Lindenthal zu verweisen.

RM Kirchmeyer schließt sich für die FDP-Fraktion diesem Verweisungsantrag an.

RM Tull wendet ein, dass die Universitätsstraße überbezirkliche Bedeutung habe und von daher das hiesige Gremium Beschlussorgan sei.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Der Antrag wird zuständigkeitshalber in die Bezirksvertretung Lindenthal verwiesen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Einmündung Dürener Straße/Universitätsstraße fahrradfreundlich gestaltet werden kann, um Radfahrerinnen und Radfahrern in Fahrtrichtung Universität das Überqueren der Dürener Straße während einer Ampelphase zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Personal-Toilettenhaus und Schaltheus der KVB AG an der Haltestelle Köln-Porz/ Markt hier: Beschluss der Bezirksvertretung 7 (Porz) vom 07.11.2006 zur Umsetzung der beiden Anlagen 1611/2007

BG Streitberger betont, dass die KVB sich außer Stande sehe, die Kosten für eine Verlagerung zu übernehmen und insofern die Stadt diese trage müsse. Aufgrund der finanziellen Situation empfehle die Verwaltung jedoch, der Anregung der Bezirksvertretung Porz nicht zu folgen.

RM Ciesla-Baier führt aus, dass sich die SPD-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag anschließen werde; die Kosten i.H.v. 262.000 € seien letztendlich zu hoch.

Für die CDU-Fraktion hingegen legt RM Hock dar, dass diese die intensiven Bemühungen und Willensbekundungen der BV Porz respektiere und trotz der erheblichen Kosten für den alternativen Verwaltungsvorschlag plädiere.

SE Schiele verweist auf die Planungen zum Umbau der Haltestelle Porz-Markt und bittet um Mitteilung, ob das Schaltheus in der Tat auch am ursprünglich geplanten Standort errichtet wurde. Darüber hinaus stelle sich ihm die Frage, ob alternativ das an die Stellplätze für Busse angrenzende Grundstück (östlich der Haltestelle) als Standort für die Toilette und das Schaltheus in Erwägung gezogen worden sei.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich RM Dr. Müller dem Votum der SPD-Fraktion an.

Beschluss:

Der Finanzausschuss lehnt den Beschluss der Bezirksvertretung Porz vom 07.11.2006, das Toilettenhäuschen der KVB und das Elektrohaus in der Straße „An der Sparkasse“ umgehend abzubauen, ab.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Ausbau Porzer Ringstraße in Köln-Westhoven 4309/2006

BG Streitberger schlägt auf Grund der bisherigen Diskussionen – sowohl in der Bezirksvertretung Porz als auch im hiesigen Ausschuss – vor, den Verwaltungsvorschlag wie folgt zu ergänzen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Machbarkeit einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke einschließlich Kosten und Finanzierbarkeit zu überprüfen.“

RM Tull begrüßt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesen Prüfauftrag nachdrücklich.

RM Hamm merkt an, dass bei der Errichtung von Fußgänger- und Radfahrerbrücken auch immer der Aspekt der Barrierefreiheit berücksichtigt werden müsse; bei einem positiven Prüfergebnis sollte ggf. auch das Instrument des „menlifting“ in Betracht gezogen werden.

Ausschussvorsitzender Möring weist darauf hin, dass auf Grund des neuen Verwaltungsvorschlags die Bezirksvertretung Porz erneut angehört werden sollte.

Nach kurzer Diskussion über das weitere Verfahren besteht Einvernehmen, die Machbarkeitsstudie zu erstellen und anschließend ein Votum von dort einzuholen.

Erweiterter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung auf den „Ausbau der Porzer Ringstraße“ auf der Grundlage des Beschlusses des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.06.2000 zu verzichten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Machbarkeit einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke einschließlich Kosten und Finanzierbarkeit zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.2 Verkehrsabwicklung Rettungsfahrzeuge Neuköllner Straße in Köln-Altstadt/Süd 3447/2007

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

4.3 Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn hier: Bau eines Kreisverkehrs am Knoten Bonner Straße/Koblenzer Straße, Baustein 10 4531/2007

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

4.4 Abstufung des Streckenabschnittes der Bundesstraße 55, Aachener Straße in Köln-Weiden in die Landesstraße 361 4894/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt folgende Umstufung:

Der Streckenabschnitt der Bundesstraße 55, Aachener Str. in Köln-Weiden, von NK 5006 075 (ab km 0,405, Stadtgrenze) nach NK 5006 036 (km 1,004), von NK 5006 036 (km 0,000) nach NK 5007 027 (km 0,479), von NK 5007 027 (km 0,000) nach NK 5007 025 (km 1,138), wird zur Landesstraße 361 abgestuft.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Lindenthal uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.5 Parkraumkonzept Venloer Straße - Kreutzerstraße - Vogelsanger Straße - Piusstraße - Franz-Geuer-Straße (Bezirk Innenstadt und Ehrenfeld) 4877/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung zunächst in die Bezirksvertretungen Innenstadt und Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.6 Umstufungen von Kreisstraßen
hier: Dresenhofweg, Deliastraße, Merianstraße und Volkhovener Weg in Köln-Blumenberg, Volkhoven-Weiler, Heimersdorf 5051/2007**

SE Vietzke bittet um Mitteilung, ob der bereits für den Durchgangsverkehr gesperrte Dresenhofweg vollständig entwidmet und als Rad- und Gehweg ausgewiesen werden könne. Freibleiben müsse dann jedoch die Strecke für den landwirtschaftlichen Verkehr und zudem die Zufahrt zum Wasserwerk.

Darüber hinaus bitte er um Auskunft, ob seitens der Verwaltung bei einer Umstufung der Mercatorstraße auf Kreisstraße und Freie Strecke Maßnahmen geplant seien, um hier keinen neuen Unfallschwerpunkt zu erzeugen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass der Dresenhofweg aus Sicht der Verwaltung gewidmet bleiben sollte, um die Erschließung des Wasserwerks und der angrenzenden Äcker dauerhaft sicherzustellen. Letztlich reiche die bereits angeordnete Sperrung für den Durchgangsverkehr aus. Auch für die Mercatorstraße sehe er keinen weiteren Handlungsbedarf, da eine Umstufung keine andere Verkehrsverhältnisse bzw. Unfallgefahren bewirken werde.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt folgende Umstufungen:

1. Abstufung der Straße Dresenhofweg, im Abschnitt von Deliastraße (NK 4907 035) bis Blumenbergsweg L 43 (NK 4907 039), von Kreisstraße 8 zur Gemeindestraße und Aufhebung der hier verlaufenden „Ortsdurchfahrten“ und „Freien Strecken“.
2. Abstufung der Straßen Volkhovener Weg und Merianstraße, im Abschnitt von Militärringstraße L 34 (NK 4907 025) bis zur Kreuzung Merianstraße / Deliastraße, von Kreisstraße 8 zur Gemeindestraße und Aufhebung der hier verlaufenden „Ortsdurchfahrten“ und „Freien Strecken“.

3. Umstufung der Deliastraße, im Abschnitt von Dresenhofweg / Blockstraße (NK 4907 035) bis zur Kreuzung Merianstraße / Deliastraße, von Kreisstraße 8 auf Kreisstraße 7 und „Ortsdurchfahrt“.
4. Aufstufung der Merianstr., im Abschnitt von Kreuzung Merianstraße / Deliastraße bis Mercatorstraße, von Gemeindestraße auf Kreisstraße 7 und „Freien Strecke“.
5. Aufstufung der Mercatorstraße, im Abschnitt von Militärringstraße L 34 (NK 4907 095), bis Blumenbergsweg L 43 (NK 4907 109), von Gemeindestraße auf Kreisstraße 8 und „Freien Strecke“.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Chorweiler uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Nord-Süd-Stadtbahn (3. Baustufe) von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis in Köln-Marienburg 3105/2006

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 31.03.2005 wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt und ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Ausschussvorsitzender Möring bittet um eine kurze Sitzungsunterbrechung, um sich mit den verkehrspolitischen Sprechern der Fraktionen zu beraten.

- Sitzungsunterbrechung von 17.00 Uhr bis 17.04 Uhr -

RM Hock nimmt seitens der CDU-Fraktion Bezug auf den Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 31.03.2005 und stellt fest, dass dieser zwar die idealtypische Lösung beinhalte, jedoch große Bedenken hinsichtlich der Realisierung bestünden. Zur Verwaltungsvorlage führt er aus, dass seine Fraktion die Bonner Straße als Hauptverkehrsschlagader in den Kölner Süden hinein erhalten möchte und einen vierspurigen Ausbau sowohl im Norden als auch im Süden für zwingend erforderlich halte, um insbesondere die Stadtteile Bayenthal und Marienburg vor Durchgangsverkehr zu schützen. Die aktuelle Stellungnahme der Verwaltung zum hierdurch erforderlichen Eingriff in die vorhandene Bausubstanz halte er für nachbesserungswürdig.

Für die SPD-Fraktion wendet RM Kron ein, dass die Auffassung seines Vorredners, die Bonner Straße als Hauptverkehrsschlagader auszuweisen, dem Gesamtverkehrskonzept der Stadt Köln zuwiderlaufe und die Variante 3 daher für seine Fraktion nicht tragbar sei. Die SPD-Fraktion plädiere nach gründlicher Abwägung der Kosten und des Eingriffs in die Bausubstanz vielmehr für Variante 4 – zweispurig im Norden, vierspurig im Süden -, die einen mehrheitsfähigen Kompromiss darstelle.

RM Dr. Müller bezieht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausführlich Stellung und weist dabei im Wesentlichen auf ihre in der Sitzung am 23.01.2007 gemachten Ausführungen. Grundsätzlich favorisiere ihre Fraktion auch weiterhin nachdrücklich die Variante 1 - durchgehend zweispurig -, da diese die Aufenthalts- und Wohnqualität sowohl nördlich als

auch südlich des Gürtels erheblich verbessern würde. Die mit dieser Variante verbundenen befürchteten Schleichverkehre durch Marienburg ließen sich durch einfache Maßnahmen wirkungsvoll verhindern. Unverständlich sei ihr nach wie vor, warum die seiner Zeit, d.h. vor den Kommunalwahlen 2004, auch von der Verwaltung vorgeschlagene Variante 1 nun nicht mehr „erste Wahl“ sei und stattdessen Variante 4 präferiert werde. Da Variante 1 jedoch augenscheinlich keine Mehrheit im hiesigen Ausschuss finden werde, schließe ihre Fraktion sich zwangsläufig dem Votum der SPD-Fraktion bzw. der Empfehlung der Verwaltung, Variante 4, an.

RM Kirchmeyer merkt an, dass der in 2005 eingebrachte FDP-Antrag nach wie vor im Raume stehe und die Verwaltung die dort beschriebene Variante, als Variante 5, durchaus auch hätte in ihre Planungen aufnehmen und bewerten können. Auch die vom Stadtentwicklungsausschuss seiner Zeit beschlossene Kosten-Nutzen-Analyse sei bis heute nicht erstellt worden. Nach eingehender Beratung in der Fraktion und in Absprache mit ihren Kollegen in der Bezirksvertretung Rodenkirchen bitte sie, den Antrag heute zur Abstimmung zu stellen; es handele sich hier immerhin um ein Großprojekt, das weit in die Zukunft reiche. Dass künftig über die Rheinuferstraße ein Großteil der Verkehre aufgenommen werden könne, bezweifle sie angesichts der querenden Stadtbahnlinien stark.

BG Streitberger macht deutlich, dass die Verwaltungsvorlage vier konstruktive mögliche Varianten beinhalte, die sachlich und fundiert gegeneinander abgewogen wurden. Auf die konkrete Frage des RM Dr. Müller eingehend, warum die ursprüngliche Verwaltungsvorlage in 2004 zurückgezogen wurde, legt er erneut – wie bereits im ersten Beratungsgang am 23.01.2007 – dar, dass die Verwaltung nach Überprüfung der Situation zu einer anderen Einschätzung gekommen sei.

SE Weisenstein erklärt, dass hier aus seiner Sicht klar eine Priorität für den ÖPNV gesetzt werden müsse und somit zwangsläufig gegen den Individualverkehr (IV); er spreche sich daher zukunftsorientiert für Variante 1 aus. Bedauerlich sei, dass bei der aktuellen Diskussion die Forderung nach der Errichtung von Mittelbahnsteigen nicht mehr aufgegriffen wurde.

SE Schiele teilt mit, dass er die unterirdische Lösung, dem FDP-Antrag entsprechend, favorisiere; die Varianten 1 und 4 lehne er vehement ab.

Die inhaltliche Diskussion abschließend gibt RM Hock zu Bedenken, dass ÖPNV und IV durchaus als gleichberechtigt nebeneinander gesehen werden können. Es könne aus seiner Sicht niemand gezwungen werden, den ÖPNV zu nutzen; gleichwohl müsse ein attraktives Angebot hierzu vorgehalten werden.

RM Tull regt an, die Formulierung in Ziff. 1 des Beschlussvorschlages „...einer P+R-Anlage im Verteilerkreis...“ zu konkretisieren in „...im Bereich des Verteilerkreises...“ und beantragt darüber hinaus eine separate Abstimmung über alle vier Varianten.

RM Kirchmeyer bittet darauf hin, bei Variante 4 eine Abstimmung über den Nördlichen und den Südlichen Teil der Bonner Straße vorzunehmen.

Ausschussvorsitzender Möring stellt dementsprechend alle vorliegenden Anträge sowie die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung.

Antrag der FDP-Fraktion vom 31.03.2005

Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend das Planfeststellungsverfahren für die unterirdische Weiterführung des 3. Bauabschnittes der Nord-Süd Stadtbahn im Bereich Bonner Straße bis Gürtel und von dort bis zum Verteilerkreis oberirdisch verlaufend einzuleiten und die erforderlichen Mittel beim Zuschussgeber zu beantragen. Für die Neupositionierung der

Rampe nördlich oder südlich des Gürtels und die Lage der Haltestellen sind unterschiedliche Varianten zu untersuchen und dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion

Antrag des RM Tull zur Geschäftsordnung

Die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage erfolgt getrennt nach allen dort aufgeführten Varianten in Gänze.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion

Antrag des RM Kirchmeyer zur Geschäftsordnung

Die Abstimmung über Variante 4 erfolgt getrennt nach den Abschnitten Süd (Verteilerkreis-Süd bis Bayenthalgürtel) und Nord (Bayenthalgürtel bis Schönhauser Straße).

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion

Beschlüsse:

Variante 1

- Die Verwaltung wird beauftragt die Planungen der Nord-Süd-Stadtbahn (3. Baustufe) von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis Köln-Süd auf der Grundlage der Variante 1 (durchgehende zweispurige Lösung) unter Berücksichtigung einer P+R-Anlage **im Bereich des Verteilerkreises Köln-Süd** weiter zu verfolgen und die Planfeststellung hierfür einzuleiten.
- Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Zuschussbehörde zu vereinbaren, dass zuschussunschädlich mit dem Ankauf von Grundstücken und Gebäuden begonnen werden kann.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Variante 2

- Die Verwaltung wird beauftragt die Planungen der Nord-Süd-Stadtbahn (3. Baustufe) von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis Köln-Süd auf der Grundlage der Variante 2 (durchgehende vierspurige Lösung) unter Berücksichtigung einer P+R-Anlage **im Bereich des Verteilerkreises Köln-Süd** weiter zu verfolgen und die Planfeststellung hierfür einzuleiten.
- Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Zuschussbehörde zu vereinbaren, dass zuschussunschädlich mit dem Ankauf von Grundstücken und Gebäuden begonnen werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig **abgelehnt** bei Enthaltung der FDP-Fraktion

Variante 3

- Die Verwaltung wird beauftragt die Planungen der Nord-Süd-Stadtbahn (3. Baustufe) von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis Köln-Süd auf der Grundlage der Variante

3 (durchgehende vierspurige Lösung) unter Berücksichtigung einer P+R-Anlage **im Bereich des Verteilerkreises** Köln-Süd weiter zu verfolgen und die Planfeststellung hierfür einzuleiten.

- Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Zuschussbehörde zu vereinbaren, dass zuschussunschädlich mit dem Ankauf von Grundstücken und Gebäuden begonnen werden kann.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion

Variante 4

- Die Verwaltung wird beauftragt die Planungen der Nord-Süd-Stadtbahn (3. Baustufe) von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis Köln-Süd auf der Grundlage der Variante 4 (vierspurige Lösung vom Verteilerkreis Süd bis Bayenthalgürtel und zweispurige Lösung von Bayenthalgürtel bis Brühler Straße) unter Berücksichtigung einer P+R-Anlage **im Bereich des Verteilerkreises** Köln-Süd weiter zu verfolgen und die Planfeststellung hierfür einzuleiten.
- Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Zuschussbehörde zu vereinbaren, dass zuschussunschädlich mit dem Ankauf von Grundstücken und Gebäuden begonnen werden kann.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion

Abweichender Gesamtbeschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt die Planungen der Nord-Süd-Stadtbahn (3. Baustufe) von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis Köln-Süd auf der Grundlage der Variante 4 (vierspurige Lösung vom Verteilerkreis Süd bis Bayenthalgürtel und zweispurige Lösung von Bayenthalgürtel bis Brühler Straße) unter Berücksichtigung einer P+R-Anlage **im Bereich des Verteilerkreises** Köln-Süd weiter zu verfolgen und die Planfeststellung hierfür einzuleiten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Zuschussbehörde zu vereinbaren, dass zuschussunschädlich mit dem Ankauf von Grundstücken und Gebäuden begonnen werden kann.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion

- 5.2 **193. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen**
5474/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 193. Satzung über die Festlegungen gem. § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Ausbau Radwege Umfeld Stadion hier: Zusatzfragen zu der Vorlage aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 11.09.2007, TOP 4.3 4920/2007

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.2 Beantwortung der Anfrage des sachkundigen Einwohners Weisenstein aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 23.10.2007 betr. TOP 4.6 Halbjahresbericht für die Zeit vom 01.01. bis 30.06.2007, hier: Seite 227: Erweiterte kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung mit umfassendem Gesamtverkehrskonzept für den Kölner Norden 5280/2007

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Erhöhung der Verwaltungsgebühren für Abschleppmaßnahmen 5393/2007

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Herr Mayer, Vertreter des Amtes für öffentliche Ordnung, erläutert ergänzend, dass die Abweichungen bei den Preissteigerungen u.a. auf die sehr unterschiedlichen Fallzahlen der vier Produktbereiche zurückzuführen seien. Die Zahl der Abschleppvorgänge sei zwar erheblich zurückgegangen, bei gleichbleibendem Personal- und Sachkostenbedarf bewirke dies jedoch höhere „Stückkosten“. Im interkommunalen Vergleich könne die Kölner Gebührenordnung dennoch als moderat bezeichnet werden.

7.2 Möglichkeiten der Schaffung eines Logistik-Tagesfrachtzentrums auf dem Flughafen Köln/Bonn zur Entlastung der Flugbewegungen in der Nacht 5160/2007

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.3 Bericht Stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen auf der B55a (Zoobrücke) 5359/2007

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Kron hebt die positive Wirkung der Geschwindigkeitsmessenanlagen als sehr erfreulich hervor. Logische Konsequenz sei nun der Aufbau von entsprechenden Geräten auf der Gegenfahrbahn, d.h. stadtauswärts. Er bitte daher um Mitteilung, wann dies erfolgen werde.

RM Kirchmeyer hingegen möchte zunächst einen schriftlichen Bericht über die Unfallentwicklung abwarten. Letztendlich könne aus der vorliegenden Mitteilung lediglich geschlossen werden, dass 1 % aller durchfahrenden Fahrzeuge gegen die Geschwindigkeitsbeschränkung verstießen und 0,2 % zur Anzeige gebracht würden. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis erscheine ihr derzeit noch nicht überzeugend, der Verwaltungsaufwand sei nach ihrer Einschätzung sehr hoch.

Auch Ausschussvorsitzender Möring regt an, weitergehende Diskussionen erst nach der Auswertung der Unfallzahlen über einen längeren Zeitraum hin zu führen.

Bezug nehmend auf die von RM Kron aufgeworfene Frage verweist Herr Mayer, Vertreter des Amtes für öffentliche Ordnung, auf die in der Ratssitzung am 14.12.2006 verabschiedete Beschlussvorlage, in der drei Abschnitte definiert wurden. Die Verwaltung werde die Entwicklung in allen Abschnitten weiterhin sehr kritisch beobachten, Messungen durchführen und zu gegebener Zeit über die Entwicklung der Unfallzahlen und des Geschwindigkeitsniveaus informieren.

RM Tull äußert ihre Verwunderung über diese Vorgehensweise, d.h. Aufteilung in drei Abschnitte und somit zeitlich sehr verzögerte Umsetzung. Fakt sei, dass auf der gesamten Strecke - in beiden Richtungen - mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren werde, insofern halte sie weitere Auswertungen und Berichterstattungen für nicht erforderlich.

7.4 Mitgliedschaft der Stadt Köln im Netzwerk "Cities for Mobility" 5480/2007

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.5 Stellvertretende Amtsleitung beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau

BG Streitberger gibt bekannt, dass Herr Johannes Keulen als Nachfolger von Herrn Mohr zum 01.01. d.J. benannt wurde und somit stellvertretender Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau sei.

Ausschussvorsitzender Möring begrüßt Herrn Keulen und wünscht ihm für seine neue Tätigkeit viel Erfolg.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Verkehrssituation im Umfeld des Kulturzentrums am Neumarkt (KAN) Anfrage des SE Vietzke

SE Vietzke bittet um Mitteilung, ob und wie sich künftig eine attraktive Führung für Radfahrer und Fußgänger insbesondere aus dem Bereich Schildergasse/Oper zum KAN gestalten werde. Die derzeitige Zuwegung, insbesondere der Fußgängerüberweg an der Jabachstraße sei eher unattraktiv; auch der Neumarkt könne größere Fußgängermassen nicht aufnehmen.

BG Streitberger sagt eine schriftliche Stellungnahme – in Ergänzung zu der in diesem Zusammenhang noch ausstehenden – zu.

8.2 Geplante Baumaßnahmen in der Klosterfraugasse - Verbreiterung der Merheimer Straße Anfrage des RM Hock

RM Hock berichtet, dass die Baumaßnahmen nach seinen Informationen ins Stocken geraten seien, da sich der erforderliche Grunderwerb verzögere. Er bittet um einen kurzen Sachstandsbericht.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt zu, die Frage zu klären und den Fragesteller telefonisch zu unterrichten.

8.3 P+R-Anlage Weiden-West Anfrage der SE Schlapka

SE Schlapka bittet um Mitteilung, ob der Baubeginn für die Erweiterung des Platzes im Sommer 2008 erfolgen werde oder ob sich etwaige Verzögerungen ergeben haben. Darüber hinaus möchte sie wissen, ob die Verwaltung in diesem Zusammenhang Einfluss auf bessere Rahmenbedingungen nehmen könne. Hierzu zählt sie beispielhaft folgende „Mängel“ auf:

- Fehlender Windschutz auf den S-Bahnsteigen
- Häufige Defekte an den Aufzügen
- Fehlender Strom- und Wasseranschluss für den mobilen Kiosk
- (Farbliche) Kennzeichnung der Parkplätze

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, berichtet, dass nach dem derzeitigen Stand mit der Erweiterung im Sommer 2008 begonnen werde; eine Stellungnahme zu den weiteren aufgeworfenen Fragen erfolge schriftlich in einer der nächsten Sitzungen.

**8.4 Eröffnungstermin der Nord-Süd Stadtbahn
Anmerkung des RM Kirchmeyer**

RM Kirchmeyer merkt mit Bedauern an, dass - entgegen der Aussage der Verwaltung in der Sitzung am 23.10.2007 - der geplante Eröffnungstermin nun erst im Jahre 2011 vorgesehen sei.

**8.5 Bebauung Am Kämpchenshof
Anfrage des RM Kirchmeyer**

Bezug nehmend auf die Ausführungen der Verwaltung in der Sitzung am 23.10.2007 bittet RM Kirchmeyer um Auskunft, ob zwischenzeitlich weitere Gespräche mit dem Bauherren geführt wurden und Konsens erzielt wurde.

BG Streitberger teilt mit, dass die Verhandlungen noch andauern. Er sagt zu, den hiesigen Ausschuss zu gegebener Zeit abschließend zu informieren.

**8.6 Verkehrschaos an der Mathias-Brüggen-Straße/Von-Hünefeld-Straße am
14.01.2008
Anfrage des RM Kirchmeyer**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, berichtet, dass eine seitens der Verwaltung vorgesehene Verkehrsregelung nicht durchführbar war bzw. seitens der Verkehrsteilnehmer nicht akzeptiert und beachtet wurde und daher nunmehr alternative Maßnahmen zum Zuge kommen müssen.

- Ende des öffentlichen Teils -